

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15812

"Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15812 vom 08.03.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 09.03.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16151 des KI vom 28.03.2017
4. Beschluss des Plenums 17/16383 vom 06.04.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Leiderer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger, Markus Blume, Reinhold Bocklet, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hüting, Wolfgang Fackler, Karl Freller, Judith Gerlach, Petra Guttenberger, Jürgen W. Heike, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Karl Straub, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)

Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass mit der in Bayern und weiteren Bundesländern durchgeführten länder- und ressortübergreifenden Stabsrahmenübung von Polizei und Bundeswehr (GETEX-Gemeinsame Terrorismus-Abwehr-Exercise) ein wichtiger Schritt für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vollzogen wurde.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Erkenntnisse der gemeinsamen Übung zu berichten und dabei insbesondere drauf einzugehen, wie das Zusammenspiel der Akteure noch weiter verbessert werden kann.

Begründung:

Die Ereignisse im letzten Jahr haben gezeigt, dass auch in Deutschland die Gefahr terroristischer Großlagen besteht und Terrorangriffe gleichzeitig an verschiedenen Orten nicht auszuschließen sind. In solchen komplexen Szenarien ist es unverzichtbar, dass die Behörden und Einsatzkräfte länderübergreifend Ansprechpartner, Schnittstellen und Verfahren kennen. Es ist wichtig, an den Schnittstellen der im Katastrophenfall zusammenarbeitenden Bundes- und Landesbehörden die gute Zusammenarbeit im Rahmen von Übungen weiter zu verbessern. Vor allem durch derartige Übungen lässt sich entsprechender Handlungsbedarf erkennen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil einer verantwortungsvollen Sicherheitsvorsorge in unserem Land.

einer ständig wachsenden Bevölkerung nicht mehr Wohnungsbau in Szene setzen, ohne dafür zusätzliche Flächen in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist unreal. Da muss man Farbe bekennen und ehrlich sagen, was man will. Wenn Sie sagen, es dürfe kein Quadratmeter mehr in Anspruch genommen werden, können nicht so viele Wohnungen gebaut werden, wie wir eigentlich brauchen. Wir brauchen also eine Möglichkeit, die es Kommunen erleichtert, Bauland auszuweisen.

Der Tagesordnung zufolge wird der Bundestag wohl noch heute Abend in einer Spätsitzung über die Novellierung des Baugesetzbuchs entscheiden. Dank unserer massiven Einflussnahme in Berlin sind darin dann auch die Punkte enthalten, die den Kommunen die Möglichkeit geben, unmittelbar am Ortsrand mit vorhandener Bebauung zusätzliche Bauflächen erleichtert auszuweisen. Wir haben das Vorhaben der Bundesbauministerin unterstützt, mit dem neuen Baugebietstyp des urbanen Gebietes innerstädtisch das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe flexibler zu regeln.

Nicht die Kollegen der CSU-Landesgruppe waren im Bundestag in den letzten Wochen ständig dagegen, diese Regelung in das Baugesetzbuch aufzunehmen. Ich hoffe sehr – das sage ich auch an die Adresse der GRÜNEN –, dass das Ganze heute im Deutschen Bundestag eine Mehrheit findet. Am 31. März soll die Neuregelung dann im Bundesrat behandelt werden. Dann haben wir also konkret den Kommunen die Ausweisung von Bauland erleichtert; keine Kommune kann jedoch dazu gezwungen werden.

Eine letzte Bemerkung mit Blick auf andere Bundesländer: Alle halten bei jeder Gelegenheit insofern Sonntagsreden, als wir mehr Wohnungsbau brauchen. Wenn wir dies ernst meinen, frage ich mich schon, wie es in den letzten Jahren bundesweit bei der Grunderwerbsteuer so weit kommen konnte. Vor ein paar Jahren wurde die Zuständigkeit für die Festlegung des Grunderwerbsteuersatzes den Ländern übertragen. Vom Bund wurde über viele Jahre ein Grunderwerbsteuersatz von 3,5 % festgesetzt, und siehe da, nach einigen Jahren der Zuständigkeit der Länder gibt es unter 16 Bundesländern nur noch zwei Länder, nämlich den Freistaat Sachsen und den Freistaat Bayern, die nach wie vor einen Steuersatz von 3,5 % haben.

(Beifall bei der CSU)

Zwar erklären auch alle anderen Bundesländer, den Wohnungsbau verstärken zu wollen. Sie haben aber

allesamt den Grunderwerbsteuersatz auf 4 %, 4,5 %, 5 %, 5,5 %, manche inzwischen sogar auf 6,5 % erhöht. Manche Länder sind dabei, den ursprünglichen Grunderwerbsteuersatz sogar zu verdoppeln. Ich kann doch den Bürgern in unserem Land nicht ernsthaft sagen: Ich will zwar für den Wohnungsbau etwas tun, verteuere aber gleichzeitig allein mit steuerlichen Maßnahmen das Bauen und den Erwerb eines Eigenheims immer mehr. Das lehnen wir ab. Deshalb bitte ich Sie nachdrücklich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte jetzt um etwas Konzentration. Wir haben drei Abstimmungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vier!)

– Eins, zwei, drei. – Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15808 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15836 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, SPD. Gegenstimmen! – CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer schließlich dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15837 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15809 mit 17/15816 sowie auf den Drucksachen 17/15838 mit 17/15843 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch den Tagesordnungspunkt der namentlichen Abstimmung



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier,
Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 17/15812**

Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Florian Herrmann**
Mitberichterstatter: **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 68. Sitzung am 15. März 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 56. Sitzung am 28. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Leiderer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger, Markus Blume, Reinhold Bocklet, Robert Brannenkämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Karl Freller, Judith Gerlach, Petra Guttenberger, Jürgen W. Heike, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Karl Straub, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/15812, 17/16151

Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr

Der Landtag begrüßt, dass mit der in Bayern und weiteren Bundesländern durchgeführten länder- und ressortübergreifenden Stabsrahmenübung von Polizei und Bundeswehr (GETEX – Gemeinsame Terrorismus-Abwehr-Exercise) ein wichtiger Schritt für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vollzogen wurde.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Erkenntnisse der gemeinsamen Übung zu berichten und dabei insbesondere drauf einzugehen, wie das Zusammenspiel der Akteure noch weiter verbessert werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag das unter Nummer 1 aufgeführte öffentliche Konsultationsverfahren zu einer multilateralen Form der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten abschließend beraten und empfohlen hat, die auf Drucksache 17/16301 ausgedruckte Stellungnahme abzugeben. Ergänzend schlägt er vor, in den Beschluss den Satz "Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt" aufzunehmen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Handel:
Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 – 15.03.2017
Drs. 17/15685, 17/16301 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelinfeld
Drs. 17/14535, 17/16062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern I –
Landesweite Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement an Schulen auf den Weg bringen
Drs. 17/14701, 17/16083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern II –
Qualitätsstandards des Service Learning/Lernen durch Engagement sichern
Drs. 17/14702, 17/16084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I:
Kommunikation verbessern
Drs. 17/15125, 17/16193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet II:
Kommunalen Handlungsspielraum erweitern
Drs. 17/15126, 17/16194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet III:
Ursachen auf den Grund gehen
Drs. 17/15127, 17/16196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung der Autobahndirektion Südbayern nach Deggendorf
sinnvoll gestalten
Drs. 17/15132, 17/16190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen
Drs. 17/15133, 17/16085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bahnausbau nach Prag
Drs. 17/15198, 17/16191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen
Drs. 17/15378, 17/16197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Abriss von Gundremmingen Block B unter einem beladenen Brennelemente-Becken und bei Weiterbetrieb von Block C
Drs. 17/15379, 17/16186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei: Mehr Sicherheit für Menschen mit Behinderungen durch Markierungen von Anhaltepunkten auf den Bahnsteigen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
Drs. 17/15520, 17/16192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayern
Drs. 17/15523, 17/16188 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU)
Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr
Drs. 17/15812, 17/16151 (G)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX)
Drs. 17/15841, 17/16149 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine schleichende Militarisierung der Innenpolitik
Drs. 17/15842, 17/16145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
hinsichtlich Nr. 1 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
hinsichtlich Nr. 2 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Ausspähungsversuche durch die türkische Regierung in Bayern
Drs. 17/15643, 17/16150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zum Sitzzuteilungsverfahren d'Hondt
bei Kommunalwahlen im Freistaat
Drs. 17/15943, 17/16126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen**

**Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen**

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD
Regelmäßige Information des Ausschusses über Auslandsreisen der
Europaministerin
Drs. 17/15824, 17/16177

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.